

SOUVERÄEN!

PRESSEMEDLUNG

»Ja zur Direkten Demokratie – Nein zum Euro-Rettungswahn«

[Stuttgart, 12.09.2011]

Mit einer Kundgebung sowie anschließendem Demonstrationszug durch die Stuttgarter Innenstadt unter dem Motto: »Ja zur Direkten Demokratie – Nein zum Euro-Rettungswahn« möchte das »Aktionsbündnis Direkte Demokratie« zusammen mit seinen Partnern – u.a. dem Bürgerbündnis »SOUVERÄEN«, am 17. September 2011 (ab 11.00 Uhr), dafür eintreten, dass die Bürger beispielsweise direkt über die Zukunft des Euro und etwaiger Alternativen abstimmen können. – Weitere Aktionen und Veranstaltungen in anderen Städten Deutschlands, etwa in Hamburg, finden zeitgleich statt.

»Ja zur Direkten Demokratie – Nein zum Euro-Rettungswahn«

Im Herbst und Winter 2011 werden unter dem Vorwand der »Euro-Rettung« durch alle im Bundestag vertretenen Parteien Beschlüsse gefasst und Gesetze verabschiedet, die eine unwiderrufliche und dauerhafte Aufgabe des deutschen Haushaltsrechts in Richtung EU zur Folge haben dürften. Zugleich würden überstaatliche Institutionen wie EFSF, ESM usw. ermächtigt, Hoheits- und Regierungsgewalt über alle Staaten des Euro-Währungsverbands zu erlangen. Der mündige Bürger und die souveräne Nation als Rechtssubjekte wären damit faktisch abgeschafft.

Dies käme einem Ende von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gleich, wie wir sie bisher kannten.

Damit öffneten sich auch die Schleusen zu einer Transferunion und mithin zu Umverteilungen in Billionenhöhe. Alleine auf Deutschland käme jedes Jahr eine Belastung in Höhe von mindestens einem zweiten Bundeshaushalt zu. Der Staatsbankrott noch im laufenden Jahrzehnt wäre sicher.

Gegen den erklärten Willen der europäischen Völker, und ohne, dass sie je über diese Maßnahmen abstimmen durften, trügen dennoch die Bürger – vom Rentner und Hartz-IV-Empfänger, über Arbeiter und Angestellte, Freiberufler und Gewerbetreibende – in Form massiver Steuererhöhungen sowie durch Inflation und Sozialabbau die ganze Last der Kosten. Die Konsequenz wäre eine massenhafte Verarmung weiter Teile der Bevölkerung. Mittel für öffentliche Aufgaben wie Infrastruktur, Straßenbau, Forschung und Bildung, Arbeit und Gesundheitswesen stünden nicht mehr zur Verfügung.

Käme es tatsächlich zu diesem Ergebnis, hätten wir es zugleich auch mit einem geschichtlich einmaligen Versagen der deutschen Bundesregierung, der gesamten Opposition im Bundestag, des Bundesverfassungsgerichts und der Massenmedien zu tun, die zudem ihre Funktion als demokratische Kontrollinstanz verraten hätten.

Deshalb beziehen jetzt mündige und mutige Bürger eindeutig Stellung gegen diese nur noch als Putsch zu bezeichnende Selbstermächtigung einer rücksichtslosen, bloß am eigenen Machterhalt interessierten und künftig vielleicht sogar vor Strafverfolgung immunisierten »Euro-Junta«.

Wann: 17. September 2011, ab 11.00 Uhr

Wo: Kleiner Schlossplatz, Stuttgart-Mitte

Wer: »Aktionsbündnis Direkte Demokratie«, sowie Partnerorganisationen

